

PFLEGE IST KEIN EINSPARPOSTEN: BOCHUMERBUND FORDERT GRUNDLEGENDE NEUAUSRICHTUNG DER GKV-FINANZIERUNG

Bochum, den 16.04.2026

Die aktuellen Diskussionen zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung senden aus Sicht des BochumerBund ein fatales Signal: Beruflich Pflegende werden im System weiterhin nicht als eigenständiger Leistungsbereich anerkannt, sondern primär unter Kostengesichtspunkten betrachtet. Eine solche Perspektive gefährdet nicht nur die Profession Pflege, sondern die Qualität der Gesundheitsversorgung insgesamt.

Der BochumerBund kritisiert insbesondere, dass pflegfachliche Leistungen im bestehenden Finanzierungssystem weder differenziert erfasst noch sachgerecht bewertet werden. Solange nicht klar definiert ist, welche konkreten Leistungen beruflich Pflegende erbringen und welchen Beitrag sie zur Versorgung leisten, bleiben sie im System strukturell unsichtbar. Diese Unsichtbarkeit führt zwangsläufig dazu, dass Pflege in politischen und ökonomischen Abwägungen als verhandelbare Größe erscheint.

Gleichzeitig wird beruflich Pflegenden zunehmend mehr Verantwortung übertragen, ohne dass sich dies in den Arbeitsbedingungen oder in der Vergütung widerspiegelt. Bereits heute übernehmen viele professionell Pflegende Aufgaben mit hoher fachlicher Komplexität, die bislang anderen Berufsgruppen zugeordnet sind. Diese Entwicklung erfolgt jedoch vielfach ohne klare rechtliche Absicherung und ohne entsprechende finanzielle Anerkennung.

Hinzu kommt eine anhaltend hohe Belastung im Berufsalltag. Der Einsatz für fachfremde Tätigkeiten, steigende bürokratische Anforderungen und personelle Engpässe führen dazu, dass sich immer mehr beruflich Pflegende aus dem Beruf zurückziehen oder einen Ausstieg in Betracht ziehen. Damit spitzt sich die ohnehin angespannte Versorgungslage weiter zu.

Vor diesem Hintergrund warnt der BochumerBund eindringlich vor Reformansätzen, die auf eine Ausweitung pflegerischer Kompetenzen setzen, ohne die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen. Neue Aufgabenbereiche können nur dann wirksam werden, wenn sie auf einer klaren Leistungsdefinition, einer gesicherten Finanzierung und einer verbindlichen Einbindung der beruflich Pflegenden in Entscheidungsprozesse basieren.

Besonders kritisch bewertet der BochumerBund die derzeitigen Entscheidungsstrukturen im Gesundheitswesen. Die Ausgestaltung von Leistungskatalogen und Vergütungsmodellen erfolgt maßgeblich in Gremien, in denen beruflich Pflegende nicht gleichberechtigt vertreten sind. Pflegewissenschaftliche Erkenntnisse finden dadurch keine verbindliche Berücksichtigung. Dies führt dazu, dass bestehende Machtverhältnisse fortgeschrieben werden und notwendige Weiterentwicklungen ausbleiben.

Der BochumerBund fordert daher eine grundlegende Neuausrichtung:

Pflegefachliche Leistungen müssen wissenschaftlich fundiert beschrieben, systematisch erfasst und eigenständig vergütet werden.

Erweiterte Kompetenzen sind unmittelbar mit einer angemessenen und transparenten Vergütung zu verknüpfen.

Beruflich Pflegende müssen konsequent von fachfremden Tätigkeiten entlastet werden.

Beruflich Pflegende sind verbindlich und gleichberechtigt an allen relevanten Verhandlungsprozessen zu beteiligen.

Berufsrechtliche Regelungen und leistungsrechtliche Grundlagen sind aufeinander abzustimmen.

Weitere Einsparmaßnahmen zulasten der beruflich Pflegenden sind auszuschließen.

„Eine stabile und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ist ohne eine starke Pflege nicht denkbar. Wer beruflich Pflegende weiterhin vor allem unter Kostengesichtspunkten betrachtet, verschärft die bestehenden Probleme und gefährdet die Versorgung der Bevölkerung“, erklärt Jürgen Drebes, stellvertretender Vorsitzender des BochumerBund.

Für den BochumerBund ist klar: Politisch formulierte Reformziele bleiben wirkungslos, solange sie nicht strukturell und finanziell abgesichert sind. Statt weiterer Einsparlogik braucht es jetzt verbindliche Entscheidungen für eine nachhaltige Stärkung der beruflich Pflegenden.